

Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 20. Parteitag am 27./28. November 2006 in Dresden

Besser für die Menschen.



CDU

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	3
II. Europa	4
II. 1. Europäischer Verfassungsprozess	4
II. 2. EU-Erweiterung, -Partnerschaften und -Nachbarschaftspolitik	5
II. 3. Europäischen Binnenmarkt stärken und Bürokratie abbauen	6
II. 4. EU-Innen- und Rechtspolitik	7
II. 5. Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	7
II. 6. Die Rolle der Bundeswehr in einer vernetzten Sicherheitsarchitektur	9
III. Partnerschaften über den Atlantik, mit Russland und dem Nahen Osten.....	10
III. 1. Transatlantische Partnerschaft.....	10
III. 2. Strategische Partnerschaft mit Russland	11
III. 3. Frieden und Sicherheit für den Nahen und Mittleren Osten	11
IV. Globalisierung gestalten	12
IV. 1. Wohlstand sichern durch freien Handel	12
IV. 2. Die Vereinten Nationen reformieren	13
IV. 3. Energiepolitik für eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Versorgung	13
IV. 4. Neue Mächte - kooperieren und integrieren	16
IV. 5. Die Zusammenarbeit mit Afrika intensivieren	17

Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen

I. Einführung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Es gilt, die Zukunftschancen unseres Landes zu fördern und die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten. Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas, bei der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, der Ausgestaltung der Globalisierung und bei der Antwort auf neue Bedrohungen unserer Sicherheit übernehmen. Deutschland kann dies am besten im engen Verbund mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern, mit denen uns gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden. Dies gilt insbesondere für die Frage, welche Antworten wir auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, wie den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, finden. Angesichts veränderter globaler Kräfteverhältnisse gilt es auch, die wirtschaftliche Position Deutschlands in der Welt zu stärken und die materiellen Grundlagen für Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land, auch im Hinblick auf den Zugang zu wichtigen Energieträgern und Rohstoffen, nachhaltig zu sichern. Wir wollen eine vom Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung der westlichen Welt geleitete, multilateral ausgerichtete Politik. Unser Leitbild ist das europäische Verständnis vom Menschen, das durch das christliche Menschenbild und die Aufklärung geprägt ist.

Unsere Zukunft in Sicherheit und Freiheit hängt wesentlich davon ab, inwieweit wir es schaffen, die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und transparenter zu gestalten, die transatlantische Partnerschaft mit neuen Perspektiven zu versehen und die Vereinten Nationen zu einem überzeugenden Legitimationsinstrument zur Durchsetzung des Völkerrechts fortzuentwickeln. Dazu gehört auch die Gestaltung der Globalisierung mit einem nachhaltigen Politikansatz nach dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Hierfür wollen wir internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank nutzen sowie strategische Partnerschaften zu anderen Ländern und Regionen auf- und ausbauen.

Die CDU hat von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl die deutsche Europa- und Außenpolitik entscheidend gestaltet und vorgebracht. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Vertrauen unserer Partner und Verbündeten in Deutschland wieder hergestellt. Die anstehende EU-Ratspräsidentschaft und der Vorsitz in der Gruppe der Acht (G8) im nächsten Jahr sind eine besondere Chance, Europas Zusammenhalt zu stärken, gemeinsame euro-

52 atlantische Positionen zu vertreten, Russland, China und
 53 Indien in eine kooperative weltpolitische Verantwortung
 54 einzubeziehen, die Verbindung zu den ASEAN-Staaten zu
 55 verstärken und ein vertrauensvolles Verhältnis zur
 56 islamischen Welt zu pflegen.

57 **II. Europa**

58 **II. 1. Europäischer Verfassungsprozess**

59 Die europäische Einigung ist die größte politische
 60 Erfolgsgeschichte unseres Kontinents. Sie ist Modell und
 61 Orientierungspunkt für viele Teile der Welt. Nach dem
 62 zweiten Weltkrieg brachte sie Europa Frieden, danach
 63 auch Wohlstand und Wachstum. Heute garantiert uns die
 64 Europäische Union Sicherheit im Innern und nach außen.

65 Dennoch verlor die Europäische Union bei den Bürgern in
 66 den letzten Jahren erheblich an Überzeugungskraft.
 67 Frieden, Wohlstand und Sicherheit wurden selbstverständ-
 68 lich. Heute prägt die Sorge vor Überregulierung, dem nicht
 69 immer zielgerichteten Einsatz europäischer Finanzmittel
 70 und vor intransparenten Entscheidungen das Europa-Bild
 71 vieler Bürger. Wir nehmen die Sorgen der Bürger ernst. Wir
 72 wollen das Vertrauen in die europäischen Institutionen
 73 stärken.

74 Die Europäische Union ist eine politische Union. Wie jede
 75 politische Einheit benötigt sie einen grundlegenden Vertrag
 76 über ihre Verfasstheit. Deshalb wurde der Europäische
 77 Verfassungsvertrag von einem Konvent mit Vertretern der
 78 nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments, der
 79 nationalen Regierungen und der Kommission sowie einer
 80 Regierungskonferenz erarbeitet. Er verfügt daher über eine
 81 breitere politische Legitimität als der aktuell geltende EU-
 82 Vertrag von Nizza.

83 Der Europäische Verfassungsvertrag bietet zentrale
 84 institutionelle und demokratische Fortschritte, die die EU
 85 handlungsfähiger, bürgernäher und transparenter machen.

86 Die Stärkung der Rolle der Bürger sowie der nationalen
 87 Parlamente und des Europäischen Parlaments, die
 88 rechtlich verbindliche Werteorientierung der Europäischen
 89 Union vor allem durch die Charta der Grundrechte auf der
 90 Basis des christlichen Menschenbildes und die Festlegung
 91 auf die Soziale Marktwirtschaft haben einen entschei-
 92 denden Stellenwert in dem Verfassungsvertrag. Dies gilt auch
 93 für die Handlungsfähigkeit der Institutionen sowie z. B. für
 94 die Schaffung eines Außenministers sowie die Kompe-
 95 tenzordnung und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.

96 Wir wollen den Erfolg des Verfassungsvertrags. Bereits
 97 jetzt hat ihn eine deutliche Mehrheit der Mitgliedstaaten
 98 ratifiziert. Wir treten daher für eine Fortsetzung des
 99 Verfassungsprozesses während der deutschen EU-

100 Ratspräsidentschaft ein. Ziel ist es, den Europäischen
101 Verfassungsvertrag unter Erhaltung seiner wesentlichen
102 Substanz bis 2009 in Kraft zu setzen. Hierfür braucht
103 Deutschland die Unterstützung aller Partner in der
104 Europäischen Union.

105 Wir begrüßen es, dass zum 50. Jahrestag der Römischen
106 Verträge, am 25. März 2007, in Berlin eine Erklärung
107 feierlich verabschiedet werden soll, die die Werte und Ziele
108 der Europäischen Union im 21. Jahrhundert beschreibt.

109 **II. 2. EU-Erweiterung, -Partnerschaften und -** 110 **Nachbarschaftspolitik**

111 Die bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen
112 Union waren Erfolge. Sie haben die Zone der Stabilität
113 erheblich ausgeweitet und Deutschland politischen und
114 wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Die Europäische Union
115 ist für viele Menschen auch auf dem westlichen Balkan und
116 in Osteuropa zum Leitbild einer offenen Gesellschaft, eines
117 friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum
118 Hoffnungsträger für ihre politische und wirtschaftliche
119 Zukunft geworden. Sie muss ihrer besonderen
120 Verantwortung gegenüber den Völkern in diesen beiden
121 europäischen Regionen gerecht werden. Die europäische
122 Perspektive ist wichtig für den Reformprozess in diesen
123 Ländern. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens
124 kann die Europäische Union weitere europäische Staaten
125 erst aufnehmen, wenn der Europäische Verfassungsver-
126 trag bzw. die damit verbundenen institutionellen Reformen
127 verwirklicht sind. Eine Ausnahme von dieser Regel kann es
128 nur für Kroatien geben.

129 Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann
130 aber nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den
131 Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für
132 den Beitritt zur Europäischen Union ist die Erfüllung des
133 Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union
134 ebenso wichtig wie die strikte Erfüllung aller politischen und
135 wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer. Mit der
136 Türkei werden ergebnisoffene Beitrittsverhandlungen
137 geführt. Wir halten eine Privilegierte Partnerschaft der
138 Europäischen Union mit der Türkei für die richtige Lösung.

139 Für die europäischen Nachbarn der Europäischen Union,
140 die nicht oder noch nicht Vollmitglieder werden können,
141 brauchen wir eigene Formen politischer und wirtschaftli-
142 cher Zusammenarbeit.

143 Für die Identität und die Handlungsfähigkeit der Europäi-
144 schen Union ist es auch nötig, dass sie ihre Grenzen
145 definiert. Der weitere europäische Erweiterungsprozess
146 muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen.
147 Gemäß den vertraglichen Grundlagen können nur europäi-
148 sche Staaten einen Beitrittsantrag an die Europäische

149 Union stellen. Dennoch sind für die Sicherheit und den
 150 Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Mitglied-
 151 staaten die Stabilität und der Wohlstand der nicht-europäi-
 152 schen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas
 153 von zentraler Bedeutung. Wir treten daher für maßge-
 154 schneiderte Nachbarschaftsabkommen der Europäischen
 155 Union mit ihren nicht-europäischen Nachbarn ein. Dies gilt
 156 insbesondere für Israel.

157 **II. 3. Europäischen Binnenmarkt stärken und** 158 **Bürokratie abbauen**

159 Die wirtschaftliche Einigung stand am Anfang des
 160 europäischen Einigungsprozesses. Die Zollunion, der
 161 Binnenmarkt und der Euro haben wesentlich zur Stabilität,
 162 zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg, zum Wohlstand und
 163 zur globalen Konkurrenzfähigkeit Europas beigetragen. Die
 164 wirtschaftliche Einigung hat die politische Einigung
 165 unumkehrbar gemacht. Die Menschen in Europa haben die
 166 Perspektive, ihr ganzes Leben in Frieden und Freiheit
 167 leben zu können und die Lebenschancen, die ein
 168 gemeinsamer europa-weiter Raum eröffnet, zu nutzen.
 169 Europa ist auch unsere Antwort auf die Globalisierung,
 170 denn es macht uns stark im internationalen Wettbewerb.
 171 Es muss allerdings intensive Anstrengungen unternehmen,
 172 um auf dem Weltmarkt seinen Platz zu behaupten und
 173 seine Wettbewerbschancen zu verbessern.

174 Technischer Fortschritt ist der wichtigste Faktor für hohe
 175 Produktivität und Wirtschaftswachstum. Wir wollen bis
 176 2010 den Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Forschung
 177 und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
 178 bis 2015 auf 4 Prozent erhöhen. Auch die Europäische
 179 Union braucht eine Hochtechnologiestrategie, damit auf
 180 Dauer in Europa gut bezahlte und konkurrenzfähige
 181 Arbeitsplätze erhalten bleiben.

182 Ein wichtiges Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft
 183 zur Thematik „Bessere Rechtsetzung“ wird es sein, den
 184 Bewegungsspielraum für Bürger und Unternehmen durch
 185 den Abbau von Vorschriften und Verwaltungskosten zu
 186 erweitern. Dazu fordern wir die Einsetzung eines
 187 europäischen Normenkontrollrats. Das Gemeinschaftsrecht
 188 muss vereinfacht und die Qualität der Folgenabschätzung
 189 europäischer Rechtsetzungsvorhaben erhöht werden.
 190 Unser Ziel ist ein modernes Europa mit günstigen
 191 Standortbedingungen.

192 Auch in der Europäischen Union muss es eine regel-
 193 mäßige Überprüfung anhängiger Rechtsetzungsvorhaben
 194 geben, wie dies in Deutschland durch das Prinzip der
 195 Diskontinuität erreicht wird. In der Europäischen Union
 196 wäre ein Weg denkbar, wonach jeder anhängige Vorschlag
 197 zu Beginn einer Legislaturperiode des Europäischen

198 Parlaments eine positive Bestätigung erfordert, wenn
199 dieser weiter behandelt werden soll.

200 **II. 4. EU-Innen- und Rechtspolitik**

201 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zu den
202 Kernaufgaben nationaler und europäischer Politik. Mit der
203 schrittweisen Verwirklichung des Gemeinsamen Raumes
204 der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts leistet die
205 Europäische Union einen wichtigen Beitrag zu mehr
206 Freiheit und Freizügigkeit für die Bürger. Gleichzeitig
207 ermöglicht sie eine effektivere Bekämpfung von
208 Terrorismus und sonstigen Formen internationaler
209 Kriminalität.

210 Die gescheiterten Anschläge auf Personenzüge in
211 Deutschland und die schrecklichen Taten von London und
212 Madrid haben uns deutlich vor Augen geführt, dass
213 Europa von der Bedrohung durch den Terrorismus nicht
214 verschont bleibt. Es handelt sich dabei um einen Angriff auf
215 unsere Sicherheit, unsere Werte und auf unser Verständnis
216 von einer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt. Auf diesen
217 Angriff muss die Europäische Union eine gemeinsame
218 Antwort geben. Neben dem entschlossenen und aktiven
219 Eintreten für unsere gemeinsamen Werte brauchen wir
220 insbesondere einen verbesserten grenzüberschreitenden
221 Informationsaustausch der Polizei- und Sicherheitsbehörden
222 der Mitgliedstaaten. Die vorhandenen Informationssysteme
223 müssen ausgebaut und unter Einsatz neuester
224 technischer Entwicklungen (z. B. biometrische Merkmale)
225 an die neuen Herausforderungen der Kriminalitäts- und
226 Terrorismusbekämpfung angepasst werden. Dies gilt zum
227 Beispiel für das bereits bestehende und sehr erfolgreiche
228 Schengen-Informationssystem (SIS), aber auch für das
229 neu zu schaffende Visa-Informationssystem (VIS). Europol,
230 Eurojust und die Europäische Grenzschutzagentur Frontex
231 müssen in ihrer Arbeit gestärkt und ausgebaut werden.
232 Daneben brauchen wir eine engere direkte Kooperation der
233 nationalen Polizeibehörden, wie sie bei der Fußball-
234 Weltmeisterschaft in Deutschland erfolgreich praktiziert
235 wurde und mit dem Vertrag von Prüm weiter entwickelt
236 wird. Die wirksame Bekämpfung der illegalen Migration, die
237 schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen europäischen
238 Asylpolitik und ein verstärkter europäischer Erfahrungsaustausch
239 zu Fragen der Integration sind weitere
240 Aufgaben, denen wir uns auf der europäischen Ebene
241 stellen wollen.

242 **II. 5. Europäische Außen-, Sicherheits- und** 243 **Verteidigungspolitik**

244 Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
245 eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die
246 auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. Die
247 Europäische Union muss den Prozess der Globalisierung

248 nach ihren Interessen und Werten gemäß der Größe ihrer
249 Bevölkerungszahl und ökonomischen Leistungskraft
250 mitgestalten. Dafür ist es notwendig, dass auch die
251 politischen und institutionellen Voraussetzungen geschaf-
252 fen werden, damit die Europäische Union mit einer Stimme
253 sprechen kann und handlungsfähig ist. Dann wird sie sich
254 auch überzeugend mit ihren reichen Erfahrungen beim
255 Aufbau einer regionalen Friedensordnung und eines
256 Binnenmarktes als ein attraktiver Partner für andere
257 Weltregionen anbieten können.

258 Ein unverzichtbarer Teil unseres erweiterten Sicherheits-
259 verständnisses ist die Entwicklungszusammenarbeit. Die
260 Europäische Union – Kommission und Mitgliedstaaten –
261 stellt hier 61 Prozent der weltweit bereitgestellten Mittel.
262 Sie ist damit die größte Gebergemeinschaft. Deutschland
263 war im Jahr 2005 mit 7,5 Milliarden Euro fünftgrößter
264 Geber weltweit und mit 1,9 Milliarden Euro einer der
265 bedeutendsten Geber für die gemeinsame europäische
266 Entwicklungszusammenarbeit. Um die dafür erforderliche
267 Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, ist es jedoch
268 dringend erforderlich, dass die Mittelvergabe und
269 -verwendung endlich transparenter ausgestaltet sowie mit
270 den nationalen Politiken stärker abgestimmt wird. Sie muss
271 dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ entsprechen und vor
272 allem dezentrale Strukturen bei den Entwicklungspartnern
273 fördern.

274 Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
275 (ESVP) muss als verteidigungspolitische Komponente der
276 Europäischen Union und als europäischer Pfeiler der
277 NATO ausgebaut werden. Wir bekennen uns zu einer
278 europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen
279 und militärischen Beistandsverpflichtung komplementär zur
280 NATO. Die Europäische Union muss daher über Möglich-
281 keiten des eigenen militärischen Handelns verfügen
282 können. Mit der Bundeswehr trägt Deutschland entschei-
283 dend zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und
284 Verteidigungspolitik bei. Das „European Battlegroup Kon-
285 zept“, das Eurokorps mit seiner Deutsch-Französischen
286 Brigade, das Deutsch-Niederländische Korps und das
287 Multinationale Korps Nordost sind sichtbarer Ausdruck des
288 deutschen Beitrags zur integrierten europäischen
289 Verteidigungspolitik. Wir setzen uns deshalb auch
290 weiterhin für eine Integration nationaler Einheiten in
291 europäische Sicherheitsstrukturen ein.

292 Noch immer ist die europäische Rüstungsindustrie
293 weitgehend national strukturiert und zersplittert. Anstatt
294 gemeinsam Forschung, Entwicklung und Beschaffung zu
295 betreiben, laufen zu viele Projekte parallel. Die Europäi-
296 sche Rüstungsagentur (European Defence Agency, EDA)
297 kann innerhalb der EU, auch zum Vorteil der deutschen
298 Industrie, zu erheblichen Synergieeffekten führen. Damit
299 die EDA für die deutsche Wirtschaft zum Erfolg wird, muss

300 sichergestellt werden, dass alle in Frage kommenden
301 europäischen Unternehmen die gleichen Chancen am
302 Markt bekommen.

303 **II. 6. Die Rolle der Bundeswehr in einer vernetzten** 304 **Sicherheitsarchitektur**

305 Die Weiterentwicklung der Bundeswehr muss der Tatsache
306 Rechnung tragen, dass unsere Sicherheit neuen
307 Bedrohungen ausgesetzt ist. Kaum fassbare, weltweit ope-
308 rierende terroristische Netzwerke oder autonome Zellen
309 sind als akute Gefahren zu erkennen. Neben der Fähigkeit
310 zur klassischen Verteidigung müssen wir auch auf diese
311 neuen Herausforderungen antworten können.

312 Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die deutsche
313 Wirtschaft mehr als zuvor auf den freien Zugang zu den
314 Märkten und Rohstoffen der Welt angewiesen. Die Bun-
315 deswehr kann als Teil der staatlichen Sicherheitsvorsorge
316 im Rahmen internationaler Einsätze zur Sicherung der
317 Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen. Mit ihrem
318 Einsatz am Horn von Afrika im Rahmen der „Operation
319 Enduring Freedom“ leistet die Bundeswehr auch einen
320 Beitrag zur Bekämpfung der Piraterie in diesem Gebiet.

321 Trotz der Erfahrungen mit den Terroranschlägen in den
322 letzten Jahren sind die Bedrohungslage und die Folgen
323 von möglichen Anschlägen schwer fassbar. Wir müssen
324 dem transnationalen Terrorismus wirkungsvoll begegnen
325 können. Innere und äußere Sicherheit lassen sich immer
326 weniger voneinander trennen. Unsere Sicherheitsarchitek-
327 tur muss dieser veränderten Realität Rechnung tragen.

328 Die Bundeswehr muss so strukturiert sein, dass sie erstens
329 den Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung
330 gewährleisten kann, zweitens im Sinne der außen- und
331 sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands zur
332 territorialen Absicherung der Grenzen des Bündnisgebietes
333 eingesetzt werden kann und drittens zur Erfüllung ihrer
334 internationalen Verpflichtungen fähig ist.

335 Die Abwehr terroristischer Angriffe im Inland ist auch in
336 Zukunft in erster Linie Aufgabe der Polizei.

337 Zur Abwehr von terroristischen Bedrohungen im Inland darf
338 die Bundeswehr nach derzeitiger Rechtslage nicht zur Hilfe
339 gerufen werden. Nachdem das Luftsicherheitsgesetz vom
340 Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt
341 wurde, ist nicht klar, wie ein terroristischer Angriff aus der
342 Luft oder über See abgewehrt werden soll. Sicher ist nur:
343 Allein die Bundeswehr verfügt über die notwendigen
344 Fähigkeiten zur Abwehr solcher Angriffe. Dazu brauchen
345 wir die entsprechenden Verfassungsänderungen und die
346 Verabschiedung eines Luftsicherheits- und Seesicher-
347 heitsgesetzes.

348 Wir benötigen eine vernetzte nationale Sicherheitsarchi-
 349 tektur, die alle vorhandenen Fähigkeiten in den Dienst
 350 unserer Bürger stellt. Zu solch einer Sicherheitsarchitektur
 351 gehört auch eine tragfähige zivil-militärische Zusammenar-
 352 beit. Hierfür sind die notwendigen verfassungsrechtlichen
 353 Voraussetzungen dringend zu schaffen.

354 **III. Partnerschaften über den Atlantik, mit Russland** 355 **und dem Nahen Osten**

356 **III. 1. Transatlantische Partnerschaft**

357 Mit den USA verbindet uns eine jahrhundertealte tiefe
 358 Partnerschaft und Freundschaft: Die USA wurden von
 359 Europäern gegründet. Die Prinzipien der amerikanischen
 360 Unabhängigkeitserklärung waren am Ende des 18.
 361 Jahrhunderts Vorbild für die europäischen Länder,
 362 zunächst in Frankreich 1789, dann auch in Deutschland.

363 Den USA haben wir zu verdanken, dass Deutschland und
 364 Europa vom Nationalsozialismus und Kommunismus
 365 befreit wurden. Ohne die Unterstützung der USA wäre die
 366 deutsche Vereinigung nicht möglich gewesen.

367 Wir setzen uns auch weiterhin für ein vertrauensvolles
 368 Verhältnis zu unseren transatlantischen Partnern ein. Dies
 369 ist für uns existentiell. Das Zerwürfnis um den Irak-Krieg
 370 hat beiden Seiten und unseren Beziehungen geschadet.
 371 Heute wissen die USA, dass unilaterales Vorgehen mit
 372 Koalitionen der Willigen keine Alternative zu Bündnispart-
 373 nern ist. Und wir wissen, dass der Versuch, Europa als
 374 Gegengewicht zu den USA zu etablieren, scheitern muss,
 375 weil er zur Spaltung Europas führt. Wir wollen einen
 376 effektiven Multilateralismus. Dabei müssen die Amerikaner
 377 zu multilateralem Vorgehen und wir zu effektivem Handeln
 378 bereit sein.

379 Um die Stärke der Freien Welt im 21. Jahrhundert zu
 380 garantieren, schlagen wir ein Transatlantisches Partner-
 381 schäftsabkommen vor, das alle wesentlichen politischen
 382 Felder umfasst: Einen ständigen und engen transatlanti-
 383 schen Konsultationsmechanismus im Bereich der Außen-
 384 und Sicherheitspolitik, eine enge Kooperation von EU und
 385 NATO im Bereich der Verteidigungspolitik, eine enge
 386 Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane einschließlich
 387 Europol, FBI und der Geheimdienste, eine enge Zusam-
 388 menarbeit im Bereich der internationalen Wirtschafts-,
 389 Finanz- und Handelsbeziehungen, die Überwindung von
 390 Handelshemmnissen und langfristig die Schaffung eines
 391 transatlantischen Marktes, intensive Austauschprogramme
 392 von Jugendlichen, Studenten und Forschern.

393 **III. 2. Strategische Partnerschaft mit Russland**

394 Deutschland, Europa und der Westen insgesamt haben ein
 395 großes Interesse an guten Beziehungen zu Russland und
 396 einer erfolgreichen Reformpolitik in diesem Land. Wir
 397 wollen, dass Deutschland seine guten wirtschaftlichen
 398 Beziehungen zu Russland in beiderseitigem Interesse
 399 intensiviert. Wir streben eine strategische Partnerschaft der
 400 Europäischen Union mit Russland an, die auf den
 401 universellen Werten des Europarates gründet und auch die
 402 Interessen der mittel- und osteuropäischen Staaten mit
 403 einschließt. Dazu gehört, dass Russland bald der WTO
 404 beitreten kann, das Partnerschafts- und Kooperationsab-
 405 kommen mit der EU erneuert wird, die „Vier Räume“ (für
 406 Wirtschaft; für Freiheit, Sicherheit und Recht; für äußere
 407 Sicherheit; für Forschung, Bildung und Kultur) zwischen
 408 der Europäischen Union und Russland gleichgewichtig
 409 realisiert werden, der NATO-20-Rat mit Russland zum
 410 gemeinsamen strategischen Dialog genutzt wird und
 411 Russland ein aktives Mitglied in der G8 ist.

412 Eine enge Partnerschaft schließt einen offenen und
 413 kritischen Dialog über die Entwicklung von Demokratie und
 414 Rechtsstaatlichkeit in Russland und die russische Rolle in
 415 Osteuropa und dem Kaukasus mit ein. Wir wollen mit
 416 Klugheit, Geduld und Beharrlichkeit dafür werben, dass
 417 Russland - insbesondere im UN-Sicherheitsrat - die
 418 gemeinsame Verantwortung und die langfristigen
 419 gemeinsamen Interessen im Zeitalter der Globalisierung
 420 wahrnimmt.

421 Wir wollen mit Russland die wirtschaftliche, politische und
 422 bürgergesellschaftliche Zusammenarbeit intensivieren.
 423 Durch einen offenen und umfassenden Dialog wollen wir
 424 die demokratische Entwicklung, die Rechtsstaatlichkeit, die
 425 Medienvielfalt und die Zivilgesellschaft in Russland
 426 stärken. Langfristig streben wir mit Russland eine
 427 Wertegemeinschaft an.

428 **III. 3. Frieden und Sicherheit für den Nahen und** 429 **Mittleren Osten**

430 Wir haben ein klares Sicherheitsinteresse, dass der Nahe
 431 und Mittlere Osten befriedet und stabilisiert wird. Frieden
 432 und dauerhafte Stabilität im Nahen Osten sind für eine
 433 Überwindung der Spannungen zwischen dem Westen und
 434 den islamischen Ländern von entscheidender Bedeutung.

435 Jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen hat ein
 436 verbrieftes Existenzrecht. Mit Blick auf die besondere
 437 historische Situation unseres Landes treten wir besonders
 438 für das Existenzrecht Israels ein, für das Recht seiner
 439 Bürger, in sicheren Grenzen frei von Angst, Terror und
 440 Gewalt leben zu können.

441 Wir setzen uns ein, dass das Nahost-Quartett (Europäi-
442 sche Union, USA, Russland und Vereinte Nationen) den
443 Friedensprozess im Nahen Osten auf der Basis des
444 Fahrplans für den Frieden („road map“) wieder belebt.
445 Dabei verfolgen wir das Ziel, ein friedliches Zusammen-
446 leben zwischen Israel und einem palästinensischen Staat
447 zu erreichen.

448 Wir dürfen nicht den Versuch machen, unsere
449 Wertvorstellungen, unsere Formen der Demokratie den
450 arabischen Ländern überzustülpen. Sondern wir müssen
451 uns mit den in der arabischen Welt existierenden
452 demokratischen Traditionen auseinandersetzen. Die
453 demokratische Bewegung wird umso stärker, je mehr sie
454 an lokale und kulturelle Traditionen anknüpft und
455 innerislamische Ansätze zu Freiheit bemüht.

456 Ein wichtiger Faktor für das Bemühen, Demokratisierung
457 und Modernisierung zu fördern, ist, wie nachdrücklich und
458 wie glaubwürdig wir uns für die Lösung des Nahost-
459 Konflikts einsetzen. Gerade wegen der schwierigen
460 politischen Situation in den palästinensischen
461 Autonomiegebieten und in Israel, aber auch im Libanon, ist
462 es notwendig, dass sich Amerikaner und Europäer
463 verstärkt für die Fortsetzung des Friedensprozesses
464 engagieren.

465 **IV. Globalisierung gestalten**

466 **IV. 1. Wohlstand sichern durch freien Handel**

467 Deutschland und die Europäische Union werden im
468 21. Jahrhundert ihren Wohlstand und ihre sozialen
469 Errungenschaften nur bewahren können, wenn sie den
470 Globalisierungsprozess aktiv mitgestalten. Die immer
471 engere wirtschaftliche und technische, aber auch politische
472 und gesellschaftliche Vernetzung der Welt ist kein
473 Schicksal. Sie wurde und wird von Menschen gemacht, ist
474 Ergebnis des technischen Fortschritts ebenso wie der
475 wirtschaftlichen Öffnung der Nationen. Sie bietet enorme
476 Chancen: Für die westliche Welt, da sie neue Kräfte der
477 Innovation durch Wettbewerb freisetzt und neue Märkte
478 öffnet. Für Entwicklungs- und Schwellenländer, da diese
479 aus eigener Kraft die Armut überwinden können.

480 Deutschland und Europa verdanken ihre Wirtschaftskraft
481 und ihren Wohlstand nicht zuletzt dem Freihandel und dem
482 internationalen Wettbewerb.

483 Wir lehnen Protektionismus ab, denn er verhindert
484 Wohlstandszuwächse. Durch Marktöffnung und durch die
485 Beseitigung tarifärer sowie nicht-tarifärer Handelshemm-
486 nisse muss sich die heimische Wirtschaft mit den leistungs-
487 stärksten Anbietern weltweit messen. Damit gibt es Anreize
488 zu ständigen Prozess- und Produktinnovationen sowie zur
489 Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit.

490 Aber die Globalisierung birgt auch Risiken, die es
 491 abzuwenden bzw. zu verringern gilt. Öffnung für Handel
 492 und Kapital sowie internationaler Wettbewerb müssen
 493 unter fairen Bedingungen stattfinden: Kein Preisdumping,
 494 faire Investitionsbedingungen, Schutz geistigen Eigentums,
 495 unabdingbare soziale Mindeststandards – z. B. keine
 496 Kinderarbeit und Ausbeutung von Arbeitnehmern –,
 497 weltweit gültige Umweltschutzstandards etc.. Im Welt-
 498 maßstab sind diese gleichen und fairen Wettbewerbs-
 499 bedingungen nicht gegeben. Deshalb setzen wir uns für
 500 durchsetzungsfähige globale Regelungswerke ein. Wir
 501 wollen den WTO-Streitschlichtungsmechanismus weiter
 502 stärken und einen zügigen Abschluss der Doha-
 503 Welthandelsrunde. Die Schwellen- und Entwicklungsländer
 504 sind aufgefordert, ihre Märkte für Dienstleistungen und
 505 Industriegüter weiter zu öffnen.

506 Wir wollen, dass Deutschland auf Dauer wieder eines der
 507 dynamischsten, fortschrittlichsten Länder der Welt wird.
 508 Hierfür muss Deutschland zum Wandel bereit und Motor
 509 innerhalb der Europäischen Union sein. Deshalb fordern
 510 wir, Märkte, in denen der Wettbewerb in Deutschland noch
 511 unvollkommen ist, sowie die Märkte innerhalb der
 512 Europäischen Union und weltweit stärker zu öffnen. Hierzu
 513 gehören auch die Strom- und Gasmärkte sowie die
 514 Telekommunikations- und Postmärkte. Die Stellung der
 515 Europäischen Kommission bei der Öffnung von Märkten
 516 wollen wir stärken.

517 **IV. 2. Die Vereinten Nationen reformieren**

518 Um zu einer kooperativen Lösung der Probleme dieser
 519 Welt beizutragen, übernimmt Deutschland internationale
 520 Verantwortung in multilateralen Organisationen. Die größte
 521 Legitimität, globale Probleme anzugehen, haben die
 522 Vereinten Nationen. Daher muss sich Deutschland dafür
 523 einsetzen, dass die Vereinten Nationen an Handlungs-
 524 fähigkeit, Stärke und Effizienz gewinnen. Dazu gehört
 525 auch, das Völkerrecht weiterzuentwickeln, um einen
 526 effektiveren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von
 527 Freiheits- und Menschenrechten zu leisten sowie Demo-
 528 kratiebemühungen zu fördern.

529 Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen
 530 ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu
 531 diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme
 532 eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung
 533 zu übernehmen.

534 **IV. 3. Energiepolitik für eine sichere, kostengünstige 535 und umweltverträgliche Versorgung**

536 Die Versorgung mit Energie ist zu einem wichtigen
 537 außenpolitischen Thema geworden. Energie wird heute
 538 von vielen Staaten in zunehmendem Maße als ein Element

539 von Machtpolitik instrumentalisiert. Die Europäische Union
540 braucht eine gemeinsame Energieaußenpolitik, um ein
541 einheitliches europäisches Auftreten sicher zu stellen.

542 Die globale Klimaerwärmung gehört zu den größten
543 Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Durch
544 den weltweit starken Anstieg der Treibhausgasemissionen
545 drohen weitreichende Konsequenzen: Überflutung von
546 Küstenregionen, Ausbreitung von Wüstenregionen und
547 Abschmelzen von Gletschern, die Entwicklungsländer in
548 besonderem Maße bedrohen. Die CDU sieht sich daher
549 nicht nur politisch, sondern auch ethisch in der Pflicht,
550 einen nachhaltigen Klimaschutz zu betreiben, um
551 gefährliche Störungen des Weltklimasystems zu
552 vermeiden. Wir forcieren die Anstrengungen zum
553 nationalen und globalen Klimaschutz. Im eigenen Land
554 wollen wir die Klimaschutzziele konsequent umsetzen und
555 effizienter als bislang Treibhausgase reduzieren. Wir
556 setzen uns dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine
557 engagierte und führende Rolle beim Klimaschutz einnimmt.
558 Das Kyoto-Protokoll von 1997, an dem eine CDU-geführte
559 Bundesregierung maßgeblichen Anteil hatte, war ein
560 historischer Schritt in den Bemühungen um eine
561 internationale Klimaschutzpolitik. Wir setzen uns dafür ein,
562 dass Deutschland sein Kyoto-Ziel der Verringerung der
563 klimaschädlichen Treibhausgase um 21 Prozent bis zum
564 Jahr 2012 sicher einhält und darüber hinaus das Kyoto-
565 Protokoll weiterentwickelt wird. Deutschland und die
566 Europäische Union sollen beim Klimaschutz auch in
567 Zukunft Vorreiter sein, aber darauf drängen, dass die USA
568 und wichtige Schwellenländer wie China und Indien
569 ebenfalls volle Vertragsparteien werden.

570 Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und einen
571 wirksamen Klimaschutz zu erreichen, streben wir an, im
572 Rahmen des Kyoto-Nachfolgeprozesses bislang abseits
573 stehende Industrie- sowie Schwellen- und Entwicklungs-
574 länder aktiv zu integrieren. Wir wollen die im Kyoto-
575 Protokoll vereinbarten, flexiblen Klimaschutzmechanismen
576 wie Clean Development Mechanism und Joint Implemen-
577 tation erheblich ausweiten und einen globalen Markt für
578 den Emissionshandel schaffen.

579 Deutschland ist auf eine sichere, kostengünstige und
580 umweltverträgliche Energieversorgung angewiesen. Um
581 dieses Ziel zu erreichen, bauen wir auf einen breiten
582 Energiemix – Erdöl, Stein- und Braunkohle, Gas und
583 Flüssiggas, Kernenergie, erneuerbare Energien –, auf eine
584 Vielfalt internationaler Bezugsquellen und eine Stärkung
585 des internationalen Regelwerks.

586 Deutschland muss seine Abhängigkeit von Energie-
587 importen verringern. Die Diversifizierung der Energiever-
588 sorgung und die Sicherung der Transit- und Transportwege
589 sind außen- und sicherheitspolitisch zu flankieren.
590 Europaweit wollen wir die Stromnetzwerke verbinden und

591 ein Verbundsystem von Öl- und Gasleitungen schaffen.
592 Das internationale Regelwerk zur Sicherung der Energie-
593 versorgung ist zu stärken. Die Beziehungen der Europäi-
594 schen Union zu Osteuropa, zum Südkaukasus und zu den
595 arabischen Nachbarn müssen ausgebaut werden. Ein
596 wichtiges außenpolitisches Ziel ist zudem die politische
597 und wirtschaftliche Stabilisierung von Energieförder- und
598 Transitländern, um auch im Energiesektor Sicherheit zu
599 haben.

600 Zusätzliche Gas- und Erdölpipelines in Europa und Asien
601 sowie der Ausbau von Hafenskapazitäten für große Schiffe
602 in Deutschland und der EU und damit der Ausbau interna-
603 tionaler Transportwege dienen der Sicherung einer Vielfalt
604 an internationalen Bezugsquellen. In diesem Zusammen-
605 hang wollen wir, dass Deutschland einen Hafen für die
606 Versorgung mit Flüssiggas (LNG) in Wilhelmshaven erhält.
607 Der Energieversorgungssicherheit dient auch das Projekt
608 der Ostseepipeline von Russland nach Deutschland.

609 Im Energiebereich wollen wir auch die Exportchancen für
610 deutsche Unternehmen sichern. Hierfür streben wir eine
611 gegenseitige Öffnung der Märkte an. Dies gilt auch im
612 Hinblick auf Russland, wo wir erweiterte Möglichkeiten für
613 ausländische Beteiligungen bei der Energieförderung oder
614 bei Pipelines als sinnvoll erachten.

615 Als Industrienation muss Deutschland seine Kompetenz im
616 Bereich zukunftsfähiger und energiepolitisch wichtiger
617 Technologien erhalten und ausbauen. Dies schließt die
618 Fähigkeit mit ein, an der Fortentwicklung nuklearer
619 Technologien teilhaben zu können, die eine Erhöhung der
620 technischen Sicherheit zum Ziel hat. Wir setzen uns ein für
621 eine kontinuierliche, breit angelegte und offene Energiefor-
622 schung und -entwicklung, die einen Beitrag aller bekann-
623 ten und verfügbaren Energieträger und -technologien und
624 zum rationellen Ressourceneinsatz leistet. Gerade auf dem
625 breiten Feld zukunftsorientierter und energiesparender Pro-
626 dukte liegt eine große Wachstumschance für unsere
627 Unternehmen und für neue Arbeitsplätze.

628 Das Ziel der Energieeinsparung wird künftig national sowie
629 international an Bedeutung gewinnen müssen. Die
630 diesbezüglichen Politikansätze sowie Forschung und
631 Entwicklung sind zu verstärken. Auf internationaler Ebene
632 ist die Verbreitung von Techniken zur Energieeinsparung
633 zu fördern, auch durch internationale Abkommen.

634 Erneuerbare Energien (Wasserstofftechnologie, Wind- und
635 Sonnenenergie) können und müssen national und interna-
636 tional einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum
637 Klimaschutz leisten. Sie bieten wichtige Chancen für ein
638 umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder
639 und neue Arbeitsplätze. Deutschland verfügt im Bereich
640 der erneuerbaren Energien über Fähigkeiten, die wir –
641 auch als Exportartikel – weltweit zum Einsatz bringen

642 müssen. Wir bekennen uns zu dem Ziel, den Anteil der
643 erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland
644 bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent zu erhöhen und ein
645 anspruchsvolles Ziel bis 2020 festzulegen. Wir setzen uns
646 für eine marktwirtschaftliche Förderung und Weiter-
647 entwicklung der erneuerbaren Energien ein, um deren
648 Wettbewerbsfähigkeit möglichst schnell zu erreichen.
649 Einen Schwerpunkt sehen wir in der Weiterentwicklung der
650 erneuerbaren Energien für die Grundlastversorgung und
651 den Ausbau insbesondere auf der Grundlage nachwach-
652 sender Rohstoffe. Im Wärmebereich sehen wir besonders
653 gute Chancen im Bereich der Biomasse, Solarenergie und
654 Geothermie. Mit der Förderung der Biomasse wollen wir
655 deren vielfältige Chancen auch als Grundstoff für
656 alternative Kraftstoffe nutzen und gleichzeitig regionale
657 Wirtschaftskreisläufe stärken.

658 **IV. 4. Neue Mächte - kooperieren und integrieren**

659 Die neuen Mächte, insbesondere China und Indien,
660 überdies Mexiko, Brasilien, Südafrika und weitere,
661 bestimmen zunehmend unser Schicksal in Europa mit.
662 Aufgrund ihres rasch zunehmenden wirtschaftlichen,
663 politischen und zivilisatorischen Gewichts haben wir Eu-
664 ropäer ein überragendes Interesse an einer umfassenden,
665 engen Zusammenarbeit, an innerer Stabilität und an
666 verantwortungsvoller Außenpolitik dieser neuen Mächte.
667 Die Chancen dieser Entwicklung für Europa sind immens.

668 Wachsender Handelsaustausch und gegenseitige Investi-
669 tionen dienen allen beteiligten Seiten. Wirtschafts-
670 austausch braucht allerdings verlässliche rechtsstaatliche
671 Verhältnisse und faire Regeln. Auf dieser Grundlage sind
672 wir bereit, uns dem Wettbewerb zu stellen.

673 Wir sind davon überzeugt, dass auch die neuen Mächte
674 dauerhafte politische und soziale Stabilität nur durch
675 Demokratie, Beteiligung der Bürger, Schutz der
676 Grundrechte und Transparenz sichern können. Deshalb
677 können und wollen wir zur Stabilität beitragen durch
678 Begegnungen, Austausch und Netzwerken unter möglichst
679 breiter Beteiligung auch der Bundesländer, Städte und
680 Bürgergesellschaften. Wir halten einen wesentlich engeren
681 Kulturaustausch mit China, Indien, Mexiko, Brasilien und
682 Südafrika für dringlich.

683 Aus Macht folgt Verantwortung. Der Machtzuwachs
684 Chinas, Indiens, Mexikos, Brasiliens und Südafrikas führt
685 zu erhöhter Verantwortung für einen vorsichtigen Umgang
686 mit den natürlichen Ressourcen, für das globale Klima und
687 für den Umweltschutz insgesamt. Neben dem Menschen-
688 rechts- und dem Rechtsstaatsdialog mit China sollte
689 Deutschland auch einen regelmäßigen, institutionalisierten
690 Umweltdialog in Gang setzen.

691 Der Machtzuwachs erfordert auch eine engere
 692 Zusammenarbeit der neuen Mächte mit internationalen
 693 Ordnungssystemen, die Bereitschaft zur Integration in
 694 internationale Strukturen und die Beteiligung an
 695 multilateralen Bemühungen zur Lösung regionaler Kon-
 696 flikte. Wir erkennen Chinas positive Rolle bei der Lösung
 697 der Lage auf der koreanischen Halbinsel an.

698 Der wirtschaftliche Erfolg Ost- und Südostasiens geht
 699 vielfach auf Kosten der Entwicklungsländer in Afrika und
 700 Lateinamerika. Ihre Produkte werden zunehmend vom
 701 Markt verdrängt. Die neuen Mächte Asiens sind in
 702 besonderer Weise für einen fairen Ausgleich dieser
 703 Benachteiligungen verantwortlich.

704 **IV. 5. Die Zusammenarbeit mit Afrika intensivieren**

705 Einige Länder Afrikas haben in den vergangenen Jahren
 706 erhebliche Fortschritte gemacht. Demokratische Prozesse
 707 wurden angestoßen. Die Wirtschaft hat sich erholt. Viele
 708 Konflikte wurden beigelegt. Dennoch wird die Entwicklung
 709 vieler afrikanischer Länder durch gravierende demokra-
 710 tische und rechtsstaatliche Defizite und durch fortgesetzte
 711 Verstöße gegen elementare Menschenrechte gehemmt.
 712 Ein besonderes Problem bilden die weit verbreitete Armut,
 713 mangelnde Bildungschancen sowie die Ausbreitung von
 714 Seuchen und Krankheiten wie HIV/AIDS.

715 Zu einer nachhaltigen Entwicklung der Länder Afrikas
 716 beizutragen ist in deutschem Interesse, um Instabilität und
 717 Ordnungslosigkeit, die auch Europa gefährden können,
 718 einzudämmen, Migrationsströmen vorzubeugen,
 719 angesichts des Rohstoffreichtums des Kontinents die
 720 deutschen Außenwirtschaftsinteressen und einen für beide
 721 Seiten Gewinn bringenden, zunehmenden Handel zu
 722 fördern sowie zum Schutz der Ökosysteme und der
 723 Artenvielfalt Afrikas beizutragen. Für eine Partei, deren
 724 Politik auf dem christlichen Bild vom Menschen basiert, ist
 725 die Hilfe für die Armen dieser Welt eine moralische
 726 Verpflichtung.

727 Die Erfahrung in Afrika, aber auch in anderen Regionen
 728 dieser Welt, zeigt, dass gute Regierungsführung für eine
 729 nachhaltige Entwicklung unabdingbare Voraussetzung ist.
 730 An dieser Erkenntnis muss sich auch unsere Politik
 731 gegenüber Afrika ausrichten, zumal unkonditionierte
 732 Entwicklungshilfe vielfach zur Verfestigung nicht-
 733 demokratischer Herrschaftsstrukturen sowie zur
 734 Schwächung der Eigenverantwortung und Selbsthilfekräfte
 735 betroffener Gesellschaften geführt hat.

736 Die Idee, mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit
 737 allein könnten die Probleme des Kontinents lösen, ist eine
 738 Illusion. Den Millenniums-Entwicklungszielen wird in Afrika
 739 nur dann Erfolg beschieden sein, wenn die afrikanischen

740 Länder selber größere Reformanstrengungen
741 unternehmen.

742 Deshalb sollte die staatliche Entwicklungszusammenarbeit
743 noch wesentlich stärker als bisher die Förderung guter
744 Regierungsführung zu ihrem Kernanliegen machen. Die
745 afrikanischen Länder, die zu Reformen bereit sind, sollten
746 verstärkt unterstützt werden. Um einen größtmöglichen
747 Erfolg dieses Ansatzes zu gewährleisten, ist eine stärkere
748 Verzahnung und Abstimmung der Entwicklungs-
749 zusammenarbeit Deutschlands, der Europäischen Union
750 sowie der europäischen und internationalen Partner nötig.

751 Wir wollen, dass die EU die Partnerschaft mit unserem
752 Nachbarkontinent Afrika vertieft. Der Dialog sollte auf
753 höchster Ebene im Rahmen eines EU-Afrika-Gipfels
754 intensiviert werden, der möglichst bereits unter
755 portugiesischer Ratspräsidentschaft stattfinden sollte. Wir
756 wollen, dass Deutschland einen aktiven Beitrag zum
757 Ausbau der Beziehungen zwischen EU und Afrika und zur
758 Vorbereitung des Gipfels leistet.